



NEWSLETTER 06/2020

FORUM | MIGRATION

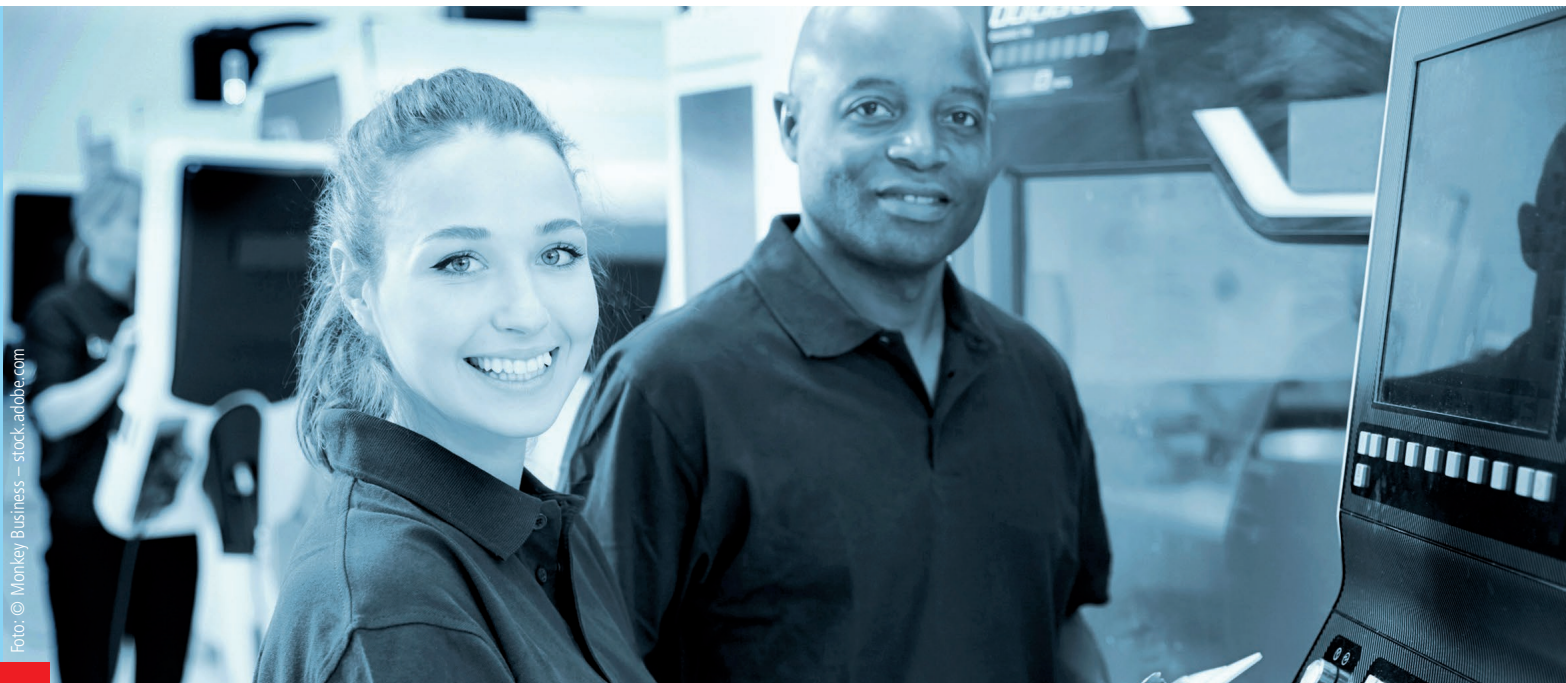


Foto: © Monkey Business - stock.adobe.com

„Ohne Vielfalt kein Erfolg“

Das neue DGB Vorstandsmitglied Anja Piel über Repräsentation, rechte Gewerkschafter_innen und die Pläne der Bundesregierung für mehr Arbeitsschutz in den Schlachthöfen.

| ForumMigration: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will Werkverträge in der Fleischindustrie verbieten. Hat er bei diesen Plänen die Gewerkschaften hinter sich?

| Anja Piel: Grund für unwürdige Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sowie für den mangelnden Arbeits- und Gesundheitsschutz sind die Substrukturen bei der Beschäftigung, vor allem von osteuropäischen Arbeitnehmer_innen. Daher unterstützen wir den Bundesarbeitsminister beim Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der Schlachtindustrie.

| Die miesen Arbeitsbedingungen migrantischer Beschäftigter, etwa in der Agrar-, Fleisch- und Logistikbranche, sind seit Langem Gegenstand gewerkschaftlicher Kämpfe. Tut der DGB genug, um ausbeuterische Praktiken zu bekämpfen?

| Die DGB Beratungsstelle Faire Mobilität unter-

stützt jährlich mehr, rund 7.000 Beschäftigte aus Mittel- und Osteuropa, aktuell auch durch eine Hotline. Wir sind überzeugt davon, dass sich die Bedingungen weiter verbessern müssen. Dazu gehören, das neben dem Verbot der Werkverträge auch die Gewährleistung des Infektionsschutzes durch die Schlachtbetriebe. Die Kontrollen müssen ausgebaut werden, das ist Aufgabe der Länder und des Zolls.

| Der Mangel an Arbeitskräften hat die Migrationspolitik der letzten Jahre mitgeprägt. Wird es nach Corona weiter einen Arbeitskräftemangel geben?

| Wir sehen nach der Krise weiter die Notwendigkeit für Qualifizierung und Arbeitsmarktchancen für Migrant_innen. Wenn Betriebe über Arbeitskräftemangel klagen, müssen sie sich fragen, ob sie die Arbeitsbedingungen verbessern müssen. Vielfalt ist eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und deshalb müssen wir die Freizügigkeit in Europa erweitern und auch Arbeitskräften aus Drittstaaten die Möglichkeit zur Einwanderung geben.

weiter lesen Sie auf Seite 2

INHALT 06/2020

„Ohne Vielfalt kein Erfolg“ 1

Anerkennung von Medizin-
Abschlüssen 3

Anerkennungs-News 3

Spargel, Schweine, Gastro:
Die Corona-Hotspots 4

Sehr weiß 4

News + Termine 5

Ein Zeitfenster für Vielfalt! –
Kommentar von Valentin Feneberg
und Anne-Kathrin Will, Humboldt-
Universität zu Berlin, zur inter-
kulturellen Öffnung der Verwaltung ... 6



Fortsetzung von Seite 1

┃ Nach Corona dürften die Rechten versuchen, Migrant_innen die Schuld an sozialen Schiefen zu geben. Wie kann der DGB hier politisch intervenieren?

┃ Klar ist, dass das ein weiteres Versatzstück in der Argumentation der extremen Rechten wird, wenn wir wirtschaftlich in andere Zeiten steuern. Das zeichnet sich bereits jetzt ab, etwa wenn Bill Gates heute die Schuld an Corona gegeben wird, ähnlich wie vor Kurzem George Soros die Schuld an der Flüchtlingszuwanderung gegeben wurde. Wir müssen Aufklärung dagegensetzen und klarmachen, dass Menschen auf der Flucht nicht schuld sind an Arbeitslosigkeit. Zum zyklischen Abschwung kommt nun die historisch einmalige Situation der Coronakrise. Wir fordern ein groß angelegtes Konjunkturprogramm, das würde Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärken. Innerhalb des Konjunkturprogramms müssen die Kommunen geschützt und gestärkt werden, handlungsfähig sein, auch was die Vergabe von öffentlichen Aufträgen angeht, denn das schafft Arbeitsplätze.

┃ Nach Jahrzehnten der Diskussion gibt es seit dem 1. März 2020 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Ein Fortschritt?

┃ Aus meiner Sicht schafft es mehr Möglichkeiten für den Aufenthalt von Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufs- oder Hochschulbildung und gleichzeitig viele neue Hürden für die Zuwanderung. Zudem behindert das Gesetz weiterhin Möglichkeiten zur Durchsetzung von Arbeitnehmer_innenrechten. Die Bundesregierung rechnet mit 25.000 Personen, die auf Grundlage des Gesetzes pro Jahr nach Deutschland kommen. Ein Problem liegt bei den beruflichen und sprachlichen Hürden. Wir sind sehr dafür, dass Menschen in Deutschland sich verständigen können. Die Verlagerung der Deutschkurse ins Ausland und die Anforderung bereits vorhandener Sprachkenntnisse ist der falsche Weg. Wir setzen auf Vermittlungsvereinbarungen mit afrikanischen Ländern, über die Erwerbstätige kommen können. Und wir wollen, dass Migranten, die mehrere Jahre hintereinander beispielsweise für eine Saisonarbeit kommen, eine Aufenthaltsperspektive erhalten.

┃ In Südosteuropa gibt es einen regelrechten Exodus junger Menschen. Wie kann Deutschland seiner Verantwortung für dessen Folgen gerecht werden, wenn es auf Anwerbung von Arbeitskräften setzt?

┃ Zuwanderung muss immer in Absprache mit den Herkunftsländern stattfinden, im besten Fall durch gemeinsam vereinbarte Vermittlungen, die den beteiligten Ländern die Möglichkeiten gibt, zu steuern. Sonst kommt es dort zu einem Mangel an Fachkräften, die beispielsweise dringend im Gesundheitswesen gebraucht werden.

┃ Der DGB hat gefordert, Geflüchteten den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wie lässt sich hier politisch ansetzen?

┃ Der größte Irrsinn ist meiner Meinung nach, wenn die Länder junge Leute aus der Ausbildung heraus abschieben. Das muss ein Ende haben. Es kann keinen Sinn machen, die abzuschicken und dann andere im Ausland abzuwerben. Im Zuwanderungsgesetz fehlt ein Spurwechsel, der Geduldeten und Menschen mit befristetem Aufenthalt eine gesicherte Perspektive gibt. Das ist eine ganz alte Forderung, aber es hat sich nicht durchgesetzt.

┃ Migrant_innen in den DGB Gewerkschaften klagen oft, dass sie an der Basis, in der betrieblichen Arbeit, zwar sehr aktiv, in Führungsgremien und bei Delegiertenkonferenzen aber nur schlecht repräsentiert sind. Warum ist das so – und hilft da eine Quote?

┃ Die DGB Gewerkschaften haben rund 650.000 Mitglieder mit Migrationsgeschichte. Diese Vielfalt der Mitglieder spiegelt sich noch nicht in allen Bereichen ausreichend wider. Es braucht – wie für andere Gruppen auch – eine stärkere Akzeptanz für Unterschiede und verschiedene Bedingungen für eine erfolgreiche Mitarbeit. Mit einer Quote ist das nicht zu lösen.

┃ Warum?

┃ Menschen mit Migrationsgeschichte sind nicht eine homogene Gruppe, sie haben unterschiedliche politische Auffassungen und Interessen. Zudem würde ein Quotensystem, welches dann für viele Gruppen gelten müsste, die Solidarität aller Mitglieder gefährden. Ich setze mich dafür ein, dass die Migrationsgeschichte vieler Gewerkschaftsmitglieder positiv aufgenommen wird. Das führt zu mehr Verständnis und zum Abbau von möglicherweise vorhandenen Vorbehalten.

┃ Migrantische Gruppen in den Gewerkschaften wünschen sich, dass der DGB politisch dafür eintritt, dass in Deutschland lebende Ausländer_innen das volle Wahlrecht bekommen. Wollen Sie sich dafür einsetzen?

┃ Ja. Die Arbeitswelt ist da ein erfolgreiches Beispiel. Alle Beschäftigten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, haben ein aktives und passives Wahlrecht bei den Betriebs- und Personalratswahlen. Gleiches gilt für die demokratischen Wahlen in den Gewerkschaften.

┃ Die Zustimmung für die AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern liegt – leicht – über dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt. Woran liegt das?

┃ Die Unterschiede bei der Zustimmung zur AfD sind nur sehr gering: In Sachsen etwa haben 27,5 Prozent für die AfD gestimmt, unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren es 27,6 Prozent. In Brandenburg und Thüringen lag der Wert ähnlich knapp über dem Schnitt. Dazu muss man wissen, dass von den Gewerkschaftsmitgliedern rund 66

Prozent Männer sind – und die wählen öfter die AfD als Frauen. Unsere Aktivitäten gegen extrem rechte Ideologien haben daher auch die Gewerkschaftsmitglieder im Blick. In Brandenburg und Sachsen hatten wir es vor allem mit Abstiegsängsten zu tun. In der Lausitz hatten Beschäftigte Angst um ihre Arbeitsplätze in der Braunkohle, auch im rheinischen Braunkohlerevier schnitt die AfD besser ab, als in NRW insgesamt. Grundsätzlich beobachten wir, dass Menschen, die sich ohnmächtig fühlen, zur AfD tendieren. Das sind die, mit denen man noch reden kann. Wer ein geschlossenes und rassistisches Weltbild hat, ist für uns hingegen nicht mehr erreichbar.

┃ Die DGB Führung hat in den vergangenen Jahren keine Zweifel an ihrer Abgrenzung zur AfD gelassen. Trotzdem ist die Affinität zu rechten Positionen an der Basis weiter vorhanden. Was bleibt dagegen zu tun?

┃ Wir haben als DGB in der Vergangenheit diese scharfe Abgrenzung vorgenommen und werden das auch weiterhin tun. Wir werden weiter zeigen, dass die AfD keine Partei der „kleinen Leute“ ist, dass sie alles Mögliche im Schild führt, aber ganz bestimmt nicht die Lösung der Sozialen Frage. Für Beschäftigte ist es eine reine Mogelpackung, was da von der AfD zusammengeschnürt wird. Die eine Fraktion hat vor allem neoliberale und marktradikale Vorstellungen, die andere will eine völkische Abschottung. Für alle DGB Mitgliedsge- werkschaften ist klar, dass wir klare Kante zeigen gegen eine Partei, die Neonazis duldet.



Foto: © Deutscher Gewerkschaftsbund

Biografie Anja Piel

Anja Piel, 55, Industriekauffrau und Journalistin, war von 2010 bis 2013 Vorsitzende des Grünen-Landesverbands Niedersachsen und seit 2013 Fraktionsvorsitzende der Grünen im Niedersächsischen Landtag. Am 25. März 2020 schied sie aus dem Landtag aus und wechselte in den DGB Bundesvorstand.



Anerkennung von Medizin-Abschlüssen

Thüringer CDU geht es nicht schnell genug

Schon Anfang 2019 hatte die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Zulassung von Ärzten und Pflegepersonal aus dem Ausland zu beschleunigen und zu entbürokratisieren. „In Thüringen mehren sich die Beschwerden aus Kliniken, Kommunen und von Bürgern, dass die Kenntnis- und Sprachprüfungen zu schleppend erfolgen“, sagte damals der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Christoph Zippel. Die Union forderte die Landesregierung überdies auf, mit einer Bundesratsinitiative dafür zu sorgen, dass eine einmal erteilte Berufserlaubnis deutschlandweit gültig ist. „Dass beim Wechsel in ein anderes Bundesland das ganze Anerkennungsverfahren noch einmal durchlaufen werden muss, ist bei aller Liebe zum Föderalismus nicht zu erklären“, so Zippel damals.

Zwar beschloss das Parlament daraufhin im Juli 2019, dass die Landesregierung „alle Maßnahmen“

ergreifen müsse, die notwendig sind, um Zulassungen ausländischer Ärzt_innen und Pflegepersonals zu beschleunigen. Aber Zippel kritisierte nun, dass die Verfahren im Landesverwaltungsamt zu lange dauerten.

Im April 2020 forderte die weiterhin oppositionelle Union erneut eine schnellere Anerkennung medizinischer Abschlüsse aus dem Ausland. Es „mehren sich seit Beginn des Jahres erneut Klagen, demnach es bei der Bearbeitung der Anerkennungsverfahren und Approbationen im Landesverwaltungsamt zu Verzögerungen kommt“, heißt es darin. „Diese Situation ist in Anbetracht der sich im Zuge der Corona-Epidemie ergebenden Belastungen des Gesundheitssystems untragbar.“ Der Anteil an Menschen im Alter von über 65 Jahren werde bis 2030 auf mehr als ein Drittel steigen, während er im Jahr 2014 noch etwa ein Viertel betragen habe, sagte der CDU-Abgeordnete Tadäus König. Dies werde sich auch auf das

Gesundheitssystem auswirken. Der Bedarf sei allein durch Initiativen zur Erhöhung der Thüringer Ausbildungskapazitäten und zur Bindung des vorhandenen Personals nicht zu decken, so die CDU. Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland sei „ein weiterer Wegepunkt zur Lösung dieser Situation“.

Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke) sagte, dass bereits 1.526 ausländische Ärzte in Thüringen tätig seien. Sie betonte, dass im Landesverwaltungsamt bereits Personal aufgestockt worden sei, um Abläufe zu beschleunigen. Von Januar bis November 2019 erhielten nur 31 Pfleger_innen überwiegend aus Osteuropa die Berechtigung zur Arbeit als Gesundheits- und Krankenpfleger_innen. Das entsprach etwa drei Prozent der deutschen Berufsabschlüsse von Krankenpflege-Azubis im gleichen Zeitraum. 2018 hatte das Landesverwaltungsamt Thüringen nur 38 Pfleger_innen aus dem Ausland eine Berufserlaubnis erteilt.

Anerkennungs-News

Hebammen: Anerkennungen von Ausbildung seit 2013 verdreifacht

In den vergangenen zehn Jahren wuchs die Zahl der Auszubildenden im Hebammen-Beruf um 44 Prozent auf 1.867. Seit Januar 2020 wird die Ausbildung allmählich in einen Bachelor-Studiengang überführt. Trotzdem gibt es in Deutschland es zu wenige Hebammen, ausländische Fachkräfte werden deshalb immer wichtiger. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es 2018 insgesamt 274 abgeschlossene Verfahren zur Anerkennung einer im Ausland erworbenen Hebammen-Berufsqualifikation – mehr als dreimal so viele wie 2013. Nahezu alle abgeschlossenen Verfahren wurden 2018 positiv beschieden. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak forderte derweil Polen auf, Ausnahmen von der Quarantäne-Regelung auch auf das medizinische Personal auszudehnen: Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger sowie Hebammen in der Grenzregion müssten genauso behandelt werden wie andere Berufspendler, so Ziemiak.

Abschlussbericht Stipendienprogramm Anerkennung in BaWü

Das Anerkennungsmonitoring des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) begleitete im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung seit 2016 das Stipendienprogramm „Berufliche Anerkennung in Baden-Württemberg“. Jetzt ist der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Untersuchung erschienen. Ein Ergebnis: Die Kosten von Anerkennungsverfahren und Qualifizierungsmaßnahmen

stellen in vielen Fällen eine Hürde für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen dar. Das Stipendienprogramm hatte zwischen 2015 und 2018 über 600 Personen finanziell unterstützt. Das Anerkennungsmonitoring im BIBB hat diese Förderung untersucht. Das Programm wurde demnach vor allem von Ärzt_innen mit ausländischen Qualifikationen, aber auch von Ingenieurinnen und Ingenieuren gut angenommen. Insgesamt kamen die Geförderten aus 50 Berufen. Über 90 Prozent der Befragten schätzten ihre Arbeitsmarktsituation als verbessert ein. Fast 80 Prozent hatten zum Zeitpunkt der Befragung nach ihrer Anerkennung bereits eine Beschäftigung gefunden. (Quelle: Anerkennung in Deutschland)

Zum Bestellen: Poster „Ausländische Abschlüsse in der Pflege“


Die Zeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ des Bundesinstituts für Berufsbildung hat in ihrer neuen Ausgabe 2/2020 Informationen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse mit einer Infografik als Poster im DIN-A2-Format aufgearbeitet. Wer kein Abo der Zeitschrift hat, kann es bestellen unter:

 service@steiner-verlag.de

Neues Länderprofil Zypern

Das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen BQ Portal hat seine Sammlung von Länderprofilen mit einem Eintrag zu Zypern ergänzt.

Auf der Seite finden sich detaillierte Auskünfte zum Aufbau und zu landesspezifischen Besonderheiten des Berufsbildungssystems von Zypern. Mithilfe der Abbildung des Berufsbildungssystems die Abschlüsse schnell eingeordnet werden. Insgesamt umfasst das BQ-Portal nun 95 Länderprofile und mehr als 3.900 Berufsprofile. Alle 95 Beschreibungen der Berufsbildungssysteme stehen hier:

 <https://bit.ly/2TAUfLS>

Berufsbezogenes Deutsch während der Corona-Krise

Die IQ-Fachstelle Berufsbezogenes Deutsch hat eine umfangreiche Linksammlung zum Thema Lernen während der Corona-Krise zusammengestellt. Lehrende finden dort Tipps für den Einsatz von digitalen Medien im berufsbezogenen DaZ-Unterricht, etwa zum Arbeiten mit einer digitalen Pinnwand, dem Etherpad, QR Codes oder einem digitalen Assistent beim „Classroom-Management“:

 <https://bit.ly/2LXFm20>

Für Deutschlernende gibt es eine Angebotsübersicht zu digitalen Lernangeboten:

 <https://bit.ly/2LTdjkc>

Und in der Infothek findet sich eine Übersicht „Lernen Sie Deutsch mit Handy und Internet“:

 <https://bit.ly/3emFSmt>



Spargel, Schweine, Gastro: Die Corona-Hotspots

Die Infektionszahlen in Deutschland gehen zurück – außer da, wo viele Migrant_innen arbeiten: In der Landwirtschaft, der Agrarindustrie und der Gastronomie.

1.200 Menschen arbeiten bei Westfleisch in Coesfeld (NRW) – mindestens 283 von ihnen haben sich im Mai positiv mit dem neuartigen Corona-Virus infiziert. Der Betrieb wurde für eineinhalb Wochen vorübergehend geschlossen. Im Schlachtbetrieb Westcrown in Dissen nahe Osnabrück hatte der Landkreis 146 überwiegend osteuropäische Mitarbeiter_innen positiv getestet, auch hier ruhte daraufhin der Betrieb. Der Landkreis Emsland meldete zwei positiv auf das Coronavirus Getestete aus einem Schlachtbetrieb. In einem Schlachthof in Birkenfeld bei Pforzheim infizierten sich in der ersten Maihälfte rund 400 der etwa 1.100 Mitarbeiter_innen. In einem mittlerweile geschlossenen Schlachthof in Bad Bramstedt (Kreis Segeberg) wurden 124 Mitarbeiter positiv auf das neuartige Coronavirus getestet. Und Ende Mai wurden in einem niederländischen Schlachthof in Groenlo unweit der Grenze zu Deutschland 147 der 657 Mitarbeiter positiv auf das Coronavirus getestet.

Zufall? Keineswegs.

Die meist aus Rumänien oder Bulgarien stammenden Arbeiter würden von Subunternehmen beschäftigt, die sich nicht an deutsches Arbeitsrecht hielten, sagte etwa Wilfried Bommert vom Institut für Welternährung dem Evangelischen Pressedienst. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gebe es für die Schlachthofarbeiter nicht. „Das heißt, die arbeiten auch, wenn sie krank sind, weil es sonst keinen Lohn gibt. Das ist der ideale Nährboden für Krankheitserreger.“ Eine „Soko Fleischwirtschaft“ wäre „keine falsche Idee. Denn in der Frage haben wir es mit einem kriminellen Milieu zu tun“, so Bommert.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) forderte ein Verbot von Werkverträgen. Den Fleischkonzernen müsse es unmöglich gemacht wer-

den, Kernaufgaben wie das Schlachten und Zerlegen von Tieren an billige und teilweise dubiose Fremdfirmen auszulagern. „Die Wurzel allen Übels sind skandalöse und Tier- als auch Menschenwohl verachtende Arbeits- und Lebensbedingungen, basierend auf Werkverträgen“, sagte der stellvertretende NGG-Vorsitzende Freddy Adjan. „Die Fleischbranche hat sich einer Selbstverpflichtung unterworfen, einem Kodex, und alles hat nichts genützt“, so Adjan. „Es müssen jetzt gesetzliche Regelungen her, und zwar für die komplette Fleischbranche.“ Er sprach von „unmenschlichen Zuständen“ in den Schlachthöfen. Angesichts der Arbeitsbedingungen und der Unterbringung der Beschäftigten sei es nur „eine Frage der Zeit“ gewesen, „bis diese Pandemie dort durchschlägt“. Die Kontrollen müssten deutlich verschärft werden. Das „Krebsgeschwür“ der Werkverträge müsse entfernt werden. Zudem forderte er normale Mietpreise statt Wucherpreisen bei der Unterbringung der Beschäftigten. Argumente der Fleischlobby wie Abwanderung, Arbeitsplatzverluste und steigende Preise lasse er nicht gelten, sagte Adjan. „Fleisch ist in Deutschland so billig wie fast nirgendwo in Europa.“

Der katholische Pfarrer Peter Kossen hat den Plan der Bundesregierung, Leiharbeit in der Fleischindustrie einzuschränken gelobt. Dies sei „ein wichtiger Lösungsansatz“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Der aus dem niedersächsischen Vechta stammende Priester setzt sich seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie ein und prangert Missstände an (Forum Migration 10/2018). „Wir haben heute die Situation, dass in vielen Großschlachtereien das Verhältnis von Leiharbeitern zu Stammebelegschaften bei 80 zu 20 liegt“, sagte der Theologe.


Auch in der Landwirtschaft schlagen sich Praktiken ausbeuterischer Beschäftigung von Migrant_innen in einem erhöhten Infektionsrisiko nieder. Mitte Mai protestierten etwa 50 Erntehelfer_innen des Spargelhofes Ritter in Bornheim bei Bonn gegen die


Wohn- und Arbeitsbedingungen. Die überwiegend rumänischen Helfer hatten schwere hygienische Mängel in den dicht gedrängten Baucontainern beziehungsweise den Sanitäranlagen beklagt. Der Bonner General-Anzeiger hatte berichtet, dass rund 240 Erntehelfer teils zu viert oder zu fünf auf einem Zimmer untergebracht seien. Im April hatten sich 17 Erntehelfer_innen eines einzigen Spargelhofes in Baden-Württemberg infiziert, einer war gestorben (Forum Migration 05/2020).


Und im niedersächsischen Leer steckten sich unmittelbar nach Wiedereröffnung der Gastronomie 18 Menschen nach einem Restaurantbesuch an. Auch in dieser Branche sind Migrant_innen überproportional häufig beschäftigt.


Die Landwirte können derweil auch über das Frühjahr hinaus auf ausländische Saisonkräfte zählen. Innenminister Horst Seehofer (CSU) sagte, er stehe einer Verlängerung von Sonderregeln zur Einreise wegen der Corona-Krise „positiv gegenüber“. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) betonte, es sei nach wie vor notwendig, diese Fachkräfte mit Auflagen zum Gesundheitsschutz in Deutschland zu haben. Im Juni stehe etwa der Beginn der Kirschernte an.

Linke-Fraktionsvize Susanne Ferschl kritisierte dies: „Erst der Spargel, jetzt Kirschen und Äpfel – die Lobby macht Druck, und die Regierung liefert.“ Die Zechen für billiges Essen zahlten weiter osteuropäische Erntehelfer. Trotz Kritik an Arbeitsbedingungen auf den Feldern und in der Fleischindustrie gehe die Zahl der Arbeitsschutzkontrollen immer weiter zurück.

 Deutschlandfunk-Interview mit Mohamed Boudih, NGG: <https://bit.ly/3d925nH>

 FAQ Erntehelfer und Corona von Fair Arbeiten: <https://bit.ly/3egxIMo>

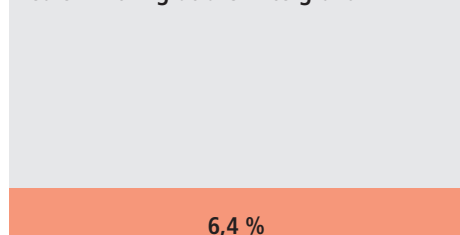
 Übersicht zum Thema auf EU-Ebene vom EU Observer: <https://bit.ly/3gindtv>

 Twitter Infotread der Hans-Böckler-Stiftung: <https://bit.ly/3bWy60I>

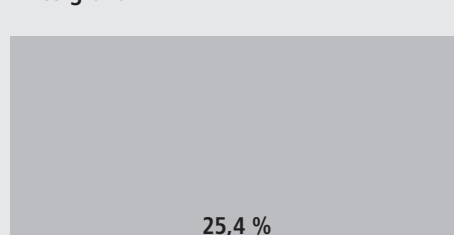
Sehr weiß

Nach einer Erhebung der Neuen Deutschen Medienmacher ist es um die Vielfalt im deutschen Journalismus weiter schlecht bestellt.

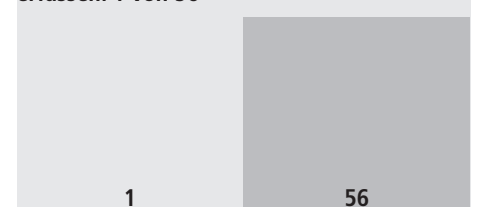
Anteil von Chefredakteur_innen deutscher Medien mit Migrationshintergrund



Anteil von Einwohner_innen mit Migrationshintergrund



Zahl der Leitmedien, die den Anteil von Redakteur_innen mit Migrationshintergrund erfassen: 1 von 56





News + Termine

Bundesregierung: Über 100 rassistische Übergriffe in Corona-Krise

Während der Corona-Krise in den vergangenen Wochen sind nach Angaben von Staatsministerin Annette Widmann-Mauz (CDU) mehr als hundert Berichte über antisemitische und rassistische Übergriffe bei Opferberatungsstellen eingegangen. Das berichtet die Agentur EPD. „In der Corona-Krise werden Menschen beleidigt, bedroht, mit Desinfektionsspray besprüht und angegriffen“, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Die Angriffe richten sich gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen, die als Asiaten gesehen werden, gegen alle Altersgruppen vom Kleinkind bis zur Rentnerin.“ Widmann-Mauz kündigte an, die Bundesregierung werde bis zum Herbst ein konkretes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorlegen.

Italien: Papiere für Hunderttausende

Die Regierung in Rom will in der Corona-Krise den Aufenthalt Tausender Migrant_innen legalisieren, die aktuell ohne Papiere im Land arbeiten. Die Vereinbarung sei „ein Sieg für die Würde und den Respekt vieler Menschen“, die in sehr schwierigen Umständen lebten, sagte Agrarministerin Teresa Bellanova dem staatlichen Rundfunksender RAI. Profitieren von der Vereinbarung sollen Erntehelfer_innen, Hausangestellte und Pflegekräfte, die so besser vor Ausbeutung geschützt werden sollen. Italien fehlen wegen der Corona-Krise viele Saisonarbeiter etwa aus Rumänien oder Bulgarien. Erst vor Kurzem hatte die UN-Berichterstatte für das Recht auf Nahrung, die Arbeitsbedingungen von Papierlosen in Italiens Landwirtschaft scharf kritisiert (Forum Migration 03/2020). Im April hatte Portugal in einer ähnlichen Regelung eine Corona-Amnestie für Menschen ohne Aufenthaltsrecht angekündigt.

Flüchtlingsheime: Weiter Proteste nach neuen Corona-Ausbrüchen

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat die deutschen Behörden aufgefordert, mehr gegen Corona-Infektionen in Asyl- und Flüchtlingsunterkünften zu unternehmen. „Deutschland hat erfolgreich große Anstrengungen unternommen, um COVID-19 einzudämmen“, erklärte Frank Remus, Repräsentant des UNHCR in Deutschland. Zugleich zeigten aber Masseninfektionen in Asylunterkünften, „dass mehr getan werden muss, um diejenigen zu schützen, für die Abstands- und Hygieneregeln unter den dort gegebenen Bedingungen kaum praktikierbar sind“. In Bremen, Köln, Berlin und weiteren Städten protestierten antirassistische Gruppen gegen die Heimunterbringung. Zuletzt haben die Fälle von 165 Infizierten in einem Heim in St. Augustin bei Bonn Besorgnis ausgelöst. Forscher_innen des Kompetenznetzwerks Public Health Covid-19 unter Leitung von Kayvan Bozorgmehr von der Uni Bielefeld haben 23

Unterkünfte in NRW, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt untersucht. In den 23 Einrichtungen gab es 1.367 bestätigte Infektionsfälle bei einer gesamten Bewohnerzahl von 6.083, Stand am 8. Mai. Das Ergebnis der Studie: Kommt es zu einer Corona-Infektion in einer Flüchtlingsunterkunft, ist das Risiko einer Ansteckung im Schnitt etwa so hoch wie auf einem Kreuzfahrtschiff.

Rückpolitik: Neue Studie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Trotz wiederholter Gesetzesverschärfungen lebt heute eine Viertelmillion Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland, doppelt so viele wie 2013. Nur ein Teil verlässt tatsächlich das Land: Im Jahr 2019 reisten rund 13.000 Personen freiwillig aus; etwa 22.000 Menschen wurden abgeschoben. Jede zweite Abschiebung scheitert. In einer neuen Studie erläutert die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, warum nicht alle ausreisepflichtige Menschen Deutschland verlassen und gibt zehn Handlungsempfehlungen für eine effizientere und menschlichere Rückkehrpolitik.

 <https://dgap.org>

Asyl: Weniger Anträge in Deutschland, weniger irreguläre Grenzübertritte in EU

Die Zahl der Asylanträge in der EU ist nach Daten der EU-Asylbehörde EASO in den ersten vier Monaten 2020 deutlich zurückgegangen. Von Anfang Januar bis Ende April stellten 164.718 Personen einen Asylantrag, 25 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Damals waren noch 221.207 Asylanträge gestellt worden. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte am Mittwoch in Berlin, die Entwicklung hänge „unzweifelhaft“ mit der Pandemie und den Grenzkontrollen zusammen. Deutschland liegt nicht mehr an der Spitze der Zielländer: Die meisten Asylanträge wurden in Spanien gestellt (37.471), Deutschland folgt mit 33.714 Asylanträgen auf Platz zwei.

BAMF: Möglichkeiten zum Lernen im Netz ausgeweitet

Insgesamt 220.000 Zuwanderer_innen unterbrechen nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wegen der Corona-Pandemie zurzeit ihre Integrationskurse. Das berichtet der Evangelische Pressedienst. Das BAMF habe rund 40 Millionen Euro aus dem aktuellen Haushalt zur Verfügung gestellt, um die Integrationsarbeit auch in der Coronakrise im Netz aufrechtzuerhalten. Damit sollen unter anderem die fest angestellten Lehrkräfte und die Honorarkräfte der Kursträger weiter beschäftigt werden können. Rund 1.000 Träger von Integrations- oder Berufssprachkursen haben einen Antrag auf Hilfe nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz gestellt. Bisher habe das BAMF rund 7.000 Online-Tutorien und virtuelle Klassenzimmer genehmigt, mit denen fast 83.000 Zuwanderer digital lernten.

Ungarn: Regierung muss nach EuGH-Urteil Lager schließen

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs hat die Regierung des rechten Ministerpräsidenten Viktor Orbán zwei Internierungseinrichtungen für Flüchtlinge geschlossen. Der EuGH in Luxemburg hatte am 14. Mai entschieden, dass die Inhaftierung von vier Asylbewerbern im Transitlager Röszke widerrechtlich war. Rund 280 Menschen im Lager Röszke und sowie einem weiteren Lager an der Grenze zu Serbien wurden daraufhin in verschiedene, meist offene Einrichtungen für Asylbewerber gebracht. Ein Regierungssprecher nannte das Urteil „bedauerlich“. Seit rund drei Jahren hält Ungarn Asylbewerber in den zwei Container-Lagern fest. Diese sind mit hohem Zaun und Stacheldraht umgeben. Ungarn argumentierte, die Menschen hielten sich „freiwillig“ dort auf, weil sie die Lager in Richtung Serbien verlassen könnten. Wer jedoch nach Serbien zurückkehrt, verliert in Ungarn automatisch seinen Status als Asylbewerber. Die Luxemburger Richter hatten festgestellt, dass dies Freiheitsentzug sei. Asylbewerber dürften nur dann inhaftiert werden, wenn vorher eine Anordnung getroffen worden sei, in der Gründe dafür genannt wurden, so die DPA.

Termine

Mento-Webinar: Einfache Sprache

09. Juni 2020

29. Juni 2020

08. Juli 2020

 <https://www.dgb-mento.de/mento/webinar-einfache-sprache>

Mento-Webinar: Digitale Lernangebote

10. Juni 2020

18. Juni 2020

07. Juli 2020

 <https://www.dgb-mento.de/mento/webinar-digitale-lernangebote>


Mento-Webinar-Reihe: LEO-Studie 2018

 <https://www.dgb-mento.de/mento/webinar-digitale-lernangebote>

Mento-Webinar-Reihe: Digitale Grundbildung

 <https://www.dgb-mento.de/mento/webinar-reihe-digitale-grundbildung>

Mento-Webinar-Reihe: Lernen

 <https://www.dgb-mento.de/mento/webinar-reihe-lernen>

Tagung „Ankommen am Arbeitsplatz – Integration in den Betrieben in Deutschland“

03. September 2020

Veranstaltungsort: Berlin

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



Ein Zeitfenster für Vielfalt!



© Fotos: privat

Kommentar von Valentin Feneberg und Anne-Kathrin Will, Humboldt-Universität zu Berlin, zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung

Die migrationsbedingte Vielfalt der deutschen Gesellschaft spiegelt sich in den Behörden des Landes nur unzureichend wider. Während mittlerweile jede_r Vierte in Deutschland einen so genannten „Migrationshintergrund“ hat, sind es gerade einmal sechs Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Seit dem Nationalen Integrationsplan (2007) ist die Erhöhung des Anteils Beschäftigter mit Migrationshintergrund erklärtes Ziel der Bundesregierung. Auch viele Bundesländer und Kommunen wollen unter ihren Beschäftigten mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Geleitet ist dieses Vorhaben – zumindest implizit – von der Vision einer „repräsentativen Bürokratie“. Der öffentliche Dienst sollte als Arbeitgeber selbst offen für alle Bürger_innen sein und zugleich deren Interessen unabhängig von Zugehörigkeiten vertreten.

Die Babyboomer-Generation, die die Geburtsjahrgänge 1956 bis 1969 umfassen, erreichen seit Ende 2019 das reguläre Renteneintrittsalter; bis 2036 wird über die Hälfte aller Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung in den Ruhestand eintreten. Damit öffnet sich ein „Zeitfenster für Vielfalt“, in dem mehr Repräsentation geschaffen werden kann.

Im Rahmen einer Studie am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung un-




tersuchten wir, ob sich die Verantwortlichen des kommenden Zeitfensters für Vielfalt bewusst sind, welche konkreten Maßnahmen in den Behörden umgesetzt werden und warum sich die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund noch nicht maßgeblich verbessert hat. Das Studienteam interviewte dazu knapp vierzig Integrationsbeauftragte und Personalverantwortliche auf Bundes- und Landesebene sowie in ausgewählten Kommunen.

Die Befragung zeigt, dass die Pensionierungen der Babyboomer-Jahrgänge nur selten als Chance auf mehr Vielfalt verstanden wird. Zwar wird gesehen, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch davon abhängt, auf ein vielfältigeres Publikum mit Vielfalt zu reagieren. Die gezielte Einstellung und Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund scheitert aber an der Schwierigkeit, einen Migrationshintergrund in Auswahlverfahren zu berücksichtigen. Das läge zum einen an der unklaren Definition und datenschutzrechtlichen Vorgaben. Zum anderen verböte das verfassungsrechtliche Prinzip des Zugangs zu öffentlichen Ämtern der Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (Art. 33, Abs. 2 GG), Menschen mit Migrationshintergrund im Auswahlprozess bei gleicher Qualifikation zu bevorzugen. Defizite wurden in erster Linie auf der Seite der Bewerber_innen lokalisiert, nicht in den Verwaltungen selbst.

Bislang konzentrieren sich Behörden auf die Verbreitung von Stellenausschreibungen, den Hinweis, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund erwünscht sind und Ausbildungskampagnen. Doch damit wird kein Führungspersonal rekrutiert. Es fehlen konkrete Ziel-

werte sowie eine Evaluation der erreichten Ziele mit entsprechenden Nachsteuerungsmaßnahmen.

Hier sollten Politik und Verwaltung ansetzen und dynamische, den entsprechenden Bevölkerungsanteilen angepasste Zielwerte für die vier Laufbahngruppen im öffentlichen Dienst formulieren, z.B. im Rahmen eines Bundespartizipationsgesetzes. Es bedarf einer praxistauglichen Definition von „Migrationshintergrund“ sowie der Entwicklung zusätzlicher Kategorien, die rassistische oder auf Herkunft basierende Diskriminierung besser erfassen. Diese Maßnahmen müssen mit einem konsequenten Perspektivwechsel in Politik und Personalabteilungen einhergehen, um die im System liegenden Zugangsbarrieren zu überwinden und tatsächlich Fortschritte zu erzielen. Das Zeitfenster für Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung ist weit geöffnet – es muss jetzt genutzt werden.

 Anne-Luise Baumann, Valentin Feneberg, Lara Kronenbitter, Saboura Naqshband, Magdalena Nowicka, Anne-Kathrin Will, unterstützt von Dorothea Rausch (2019), Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.fes.de/studie-zeitfenster-fuer-vielfalt>

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

